
Antrag

der AfD-Fraktion

Frauen, Kinder und Jugendliche schützen – öffentliche Prostitution berlinweit verbieten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, durch eine Rechtsverordnung ein Verbot der öffentlichen Prostitution im gesamten Berliner Stadtgebiet zu erwirken.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2020 zu berichten.

Begründung:

In der Drucksache 18/21503 gibt der Senat an, zur tatsächlichen Anzahl der Prostituierten in Berlin keine seriöse Einschätzung geben zu können.¹ In der Berliner Presse wird die Anzahl der Prostituierten, die in Berlin ihre Dienste anbieten, auf 6.000 bis 10.000 geschätzt.^{2 3 4}

Öffentliche Prostitution existiert sichtbar und in nennenswerter Ausprägung in Berlin aktuell nur noch im Kurfürstenkiez im Schöneberger Norden bzw. Tiergarten Süd. Auf dem Straßenstrich innerhalb des Karrees rund um die Kurfürstenstraße, Bülowstraße, Genthiner Straße, Potsdamer Straße, Lützowstraße, Einemstraße, Frobenstraße und Zietenstraße schwankt die

¹ <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-21503.pdf>

² <https://www.morgenpost.de/berlin/article226463841/So-viele-Prostituierte-sind-offiziell-in-Berlin-gemeldet.html>

³ <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/offizielle-zahlen-was-hat-das-neue-schutzgesetz-fuer-prostituierte-in-berlin-gebracht---31909662>

⁴ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/prostitution-an-der-kurfuerstenstrasse-den-frauen-bleibt-fast-nichts-von-dem-geld/24412676.html>

Anzahl der dort arbeitenden Prostituierten je nach Tages- und Jahreszeit vom einstelligen bis hin zum oberen zweistelligen Bereich.⁵

Prostituierte können sich über eine vorgesehene Gewerbekennzahl steuerlich erfassen lassen oder am Düsseldorfer Verfahren teilnehmen. Von 2011 bis 2019 ergibt die Summe der darüber steuerpflichtig gemeldeten Prostituierten in Berlin eine Anzahl von ungefähr 1.000 Personen pro Jahr. Da hier von einer hohen Dunkelziffer nicht steuerlich gemeldeten Prostituierten ausgegangen werden kann, lässt sich tatsächlich auf eine Anzahl von Prostituierten in Berlin schließen, die den oben genannten Schätzungen der Berliner Presse nahe kommen dürfte.

Der Senat berichtet darüber, dass sich die Straßenprostitution, also die für Berliner sichtbare öffentliche Prostitution, in den letzten Jahren deutlich reduziert hat und nur einen geringen Anteil der gesamten Prostitution ausmacht. Die Anzahl der in der öffentlichen Prostitution tätigen Frauen zu denen, die nichtöffentlich arbeiten, ergibt in etwa eine Relation von 1:100. In der öffentlichen Wahrnehmung jedoch nimmt die Straßenprostitution und ihre negativen Erscheinungen einen großen Raum ein.^{6 7}

Trotz immer neuer Ideen für eine Befriedung der unerträglichen Zustände im Kurfürstenkiez, dem einzig verbliebenen Straßenstrich in nennenswerter Ausprägung, hat sich die Situation für die Prostituierten und Anwohner kaum verbessert. Unrat, Fäkalien, Drogenutensilien, benutzte Kondome oder vor den Augen von Kindern und Jugendlichen stattfindende Sexhandlungen prägen weiterhin das Bild dieses innerstädtischen Wohn- und Gewerbegebietes. Neu aufgestellte WCs, die gleichzeitig als Toiletten und Sexkabinen dienen sollen, sind Maßnahmen, die wieder nur an den Symptomen herumdoktern, aber das Problem nicht an der Wurzel anpacken.⁸

Öffentliche Prostitution stellt das untere Ende der Hierarchie im Sexgewerbe dar. Die Arbeitsbedingungen sind unwürdig, die hygienischen Gegebenheiten für die Prostituierten und die Freier sind katastrophal. Die Prostituierten auf der Straße sind nicht nur der Witterung, sondern auch deutlich höheren Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt als in nichtöffentlichen Prostitutionsstätten. Jede andere Form der legalen Prostitutionsausübung bietet sowohl den Frauen als auch ihren Freiern deutlich bessere Bedingungen für das Sexgeschäft.

Kinder und Jugendliche, zu deren Schutz der Staat in besonderem Maße verpflichtet ist, sind an Orten öffentlicher Prostitution unmittelbarer Gefahr für das seelische Wohl ausgesetzt. Dazu gesellt sich potenzielle Gefahr durch eine erhöhte Kriminalitätsbelastung im Umfeld von Straßenprostitution, die oft als Drogen- oder Armutsprostitution daherkommt.⁹

Eine Sperrbezirksregelung würde die problematischen Begleitumstände öffentlicher Prostitution nur an andere Orte Berlins verschieben. Wegen der hohen Bau- und Bevölkerungsdichte Berlins, der großen Anzahl von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und der für Schüler neu gewonnenen Mobilität durch das kostenlose Schülerticket, könnten Kinder und Jugendliche

⁵ <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-21503.pdf>

⁶ <https://www.morgenpost.de/bezirke/mitte/article216554755/Kurfuerstenkiez-Der-Ort-fuer-Billig-Sex.html>

⁷ <https://www.berlin.de/ba-mitte/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.830944.php>

⁸ <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/kurfuerstenkiez-sex-geschaeft-soll-nun-in-toiletten-stattfinden-33394676>

⁹ <https://www.berliner-kurier.de/berlin/polizei-und-justiz/kurfuerstenkiez-die-nackten-zahlen-und-der-schrecken-dahinter-32304570>

an jedem Ort öffentlicher Prostitution in Berlin seelischen Schaden nehmen. Nur ein generelles Verbot von öffentlicher Prostitution im gesamten Berliner Stadtgebiet kann den seit Jahrzehnten nicht in den Griff bekommenen negativen Begleitumständen von Straßenprostitution ein Ende setzen.

Dank der liberalen Gesetzgebung haben Prostituierte in Berlin ausreichende Alternativen, um ihrem Beruf unter deutlich besseren Bedingungen nachgehen zu können, vor allem im Hinblick auf Hygiene und Sicherheit. Auf Freier, denen das körperliche und seelische Wohl der Prostituierten weniger bedeutet als der billigste Preis für eine Sexdienstleistung, muss eine Rechtsverordnung für ein Verbot öffentlicher Prostitution gewiss keine Rücksicht nehmen. Kern dieses Antrags ist daher nicht ein generelles Verbot der Prostitution in Berlin, sondern die Abschaffung ihres unwürdigsten Auswuchses. Das dient sowohl dem Schutz der Prostituierten, aber auch dem Schutz von Kindern und Jugendlichen und allen anderen von öffentlicher Prostitution unfreiwillig Betroffenen.

Berlin, 12. Dezember 2019

Pazderski Auricht
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion